

Protokoll:	Ausschuss für Umwelt und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	204
		TOP:	4
Verhandlung		Drucksache:	25/2017
		GZ:	JB, T
Sitzungstermin:	23.05.2017		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Thürnau		
Berichterstattung:	Herr Holzer (HochbA)		
Protokollführung:	Frau Faßnacht / fr		
Betreff:	Riedseeschule, Stuttgart-Möhringen - Bericht zur aktuellen Schulsituation - Vorstellung der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie - Grundsatzbeschluss für den Schulstandort - Vorprojektbeschluss Neubau mit Mensa - Einbringung -		

Beratungsunterlage ist die gemeinsame Vorlage des Referats Jugend und Bildung und des Technischen Referats vom 11.05.2017, GRDRs 25/2017, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Von der aktuellen Schulsituation an der Riedseeschule wird Kenntnis genommen.
2. Vom Ergebnis der städtebaulichen Machbarkeitsstudie (siehe Anlage 2) wird Kenntnis genommen.
3. Dem Raumprogramm für eine vierzügige Ganztagsgrundschule von bis zu 2.698 m² Programmfläche wird zugestimmt.
4. Der Weiterplanung auf Grundlage der Variante 1 "Vaihinger Straße" der Machbarkeitsstudie mit einem Neubau mit Mensa, Umstrukturierungen des Gebäudes Vaihinger Straße 30 und Sanierung des Gebäudes Vaihinger Straße 28 mit Gesamtkosten von rd. 11,2 Mio. Euro wird zugestimmt.

5. Die Verwaltung wird mit der Durchführung eines VgV-Verfahrens mit Gestaltungsteil beauftragt. Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, im Anschluss an das VgV-Verfahren die Vergabe der Planungsaufträge sowie die Weiterplanung der Maßnahme "Neubau mit Mensa" bis einschließlich Leistungsphase 3 HOAI durchzuführen.
6. Für die Weiterplanung der Maßnahmen gemäß Beschlussziffer 5 werden Planungsmittel in Höhe von 1,3 Mio. Euro benötigt. Diese stehen im Teilhaushalt 400 - Schulverwaltungsamt - zur Verfügung und werden bei der Projekt-Nr. 7.401178 - Riedseeschule, Umstrukturierung Ganztagschule (GTS) - ausgewiesen. Die Deckung erfolgt innerhalb des Teilhaushalts 400 - Schulverwaltungsamt - bei der Investitionspauschale zum Ausbau von Ganztageschulen, 3. Ausbaustufe, Projekt-Nr. 7.401908. Die benötigten finanziellen Mittel werden im Rahmen der Deckungsfähigkeit auf das Projekt 7.401178 umgesetzt.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

StR Dr. Vetter (CDU) spricht die Variante 3 an, die vom Landesamt für Denkmalpflege abgelehnt worden ist. Er fragt, ob das Gebäude unter Denkmalschutz steht und erkundigt sich weiter, inwieweit mit Abweichungen zu den als „grobe Schätzung“ angegebenen 4,7 Mio. € Sanierungskosten zu rechnen ist. Seine Fraktion möchte ferner die Diskussion in den Bezirksbeirat einbringen bezüglich eines möglichen Neubaus anstelle des Umbaus des ehemaligen Hortgebäudes.

StRin Nuber-Schöllhammer (90/GRÜNE) macht darauf aufmerksam, ihre Fraktion habe sich im UA Schulsanierungen sehr dafür eingesetzt, damit das denkmalgeschützte Hortgebäude weiterhin erhalten bleibt. Wenn man Schulneubauten macht, so müsse es darum gehen, eine Variante zu finden, bei der man solche Gebäude entsprechend inkludiert.

BM Pätzold bestätigt, der Denkmalschutz für dieses Gebäude bestehe nicht umsonst. Er erinnert in diesem Zusammenhang an die Diskussion über Stadtbild prägende Gebäude, weshalb sich sein Referat dafür eingesetzt habe, das Gebäude zu erhalten. Man plädiere aus diesem Grund dafür, eine Variante zu wählen, bei der dieses Gebäude erhalten wird.

Der Vorsitzende weist auf die Schwierigkeiten bei der internen Planung für die Riedseeschule hin. Schulablauftechnisch gesehen sei das Gebäude nicht erstrebenswert, aus der Sichtweise des Denkmalschutzes wolle man das Gebäude aber erhalten. Er unterstreicht weiter, ein Abriss und Neubau an dieser Stelle sei genauso wenig möglich wie eine massive Umgestaltung des Gebäudes.

Man habe es an diesem Standort mit einer schwer lösbaren Aufgabe zu tun, stellt Herr Holzer (HochbA) fest. Von drei möglichen Varianten habe man zwei aussortieren müssen, da es problematisch sei, über die Verkehrsstraße eine Erschließung für die Schüler vorzusehen. Seitens der oberen Denkmalschutzgebäude wurde das alte Schulhaus als exemplarisch bewertet, weshalb man sich von dort dezidiert zum Schutzanspruch an das Gebäude geäußert habe.

Es habe sich klar herausgestellt - auch wenn das Gebäude für Schulabläufe Vorteile gehabt hätte -, dass man genehmigungsrechtlich keine Chance hätte. Daraufhin habe man anhand von Vergleichswerten aus anderen Gebäuden und den Erkenntnissen, die man aus den Gebäuden hatte, eine Kostenschätzung vorgenommen, welche in diesem Stadium eine Bandbreite von 20 % plus oder minus hat. Man wisse auch, dass kein funktionierender Fluchtweg besteht, weshalb eine zusätzliche Erschließung hergestellt werden muss. Mit der Denkmalbehörde sei abgestimmt worden, dass dieser nur auf der Gebäuderückseite liegen kann. Nach dem Vorprojektbeschluss werde die Fachverwaltung in die Planung einsteigen und das Gebäude im Detail untersuchen.

StRin Bulle-Schmid (CDU) verweist auf das Beispiel der Altenburgschule in Bad Cannstatt, wo die Erschließung des Neubaus über die Straße erfolgen wird. StRin Munk (90/GRÜNE) bittet darum, bei der baulichen Ausgestaltung der Riedseeschule sehr stark auf den Lärmschutz zu achten. Zudem brauche es auf jeden Fall eine Querung über die Straße, weshalb man den Straßenraum ringsum betrachten und Schulwegvorschläge ausarbeiten möge, wie man die Situation verbessern kann, um möglichst gute Aufenthaltsmöglichkeiten im öffentlichen Raum zu schaffen.

Die Straße zwischen dem jüngeren Schulgebäude und dem denkmalgeschützten Schulgebäude sei vom Verkehr bereits sehr stark zurückgenommen, so Herr Holzer. Das andere sei die von Ost nach West verlaufende Straße, welche sehr stark befahren sei, auf die man auf keinen Fall einen Teil des Schulwegs legen wollte.

Was die Altenburg-/Steigschule angeht, so sei es keine hervorragende Lösung, da man eine relativ stark frequentierte Straße überqueren muss, um auf die Seite zu kommen wo die Ergänzungsbauten liegen. Im Umfeld der bestehenden Schulen konnten jedoch partout keine Erweiterungsmöglichkeiten gefunden werden, weshalb man dieses Problem in Kauf nehmen musste. In der Vorlage werde erwähnt, dass man die Übergangsstelle dort mit einer Verkehrsregelung ergänzen möchte.

BM Thürnau stellt anschließend fest:

Die GRDRs 25/2017 ist eingebracht.

Zur Beurkundung

Faßnacht / fr

Verteiler:

- I. Referat JB
zur Weiterbehandlung
Schulverwaltungsamt (2)
Referat T
zur Weiterbehandlung
Hochbauamt (5)
weg. UTA, VA

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. S/OB
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Amt für Liegenschaften und Wohnen (2)
 4. Referat SOS
Amt für Sport und Bewegung (2)
 5. Referat StU
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung (3)
Baurechtsamt (2)
 6. BezA Möhringen
 7. Rechnungsprüfungsamt
 8. L/OB-K
 9. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN